Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4540**
16. Wahlperiode 06. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Michael Leutert, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3620 –

Für einen europäischen zivilen Friedensdienst

A. Problem

Einführung eines zivilen Friedensdienstes auf europäischer Ebene.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3620 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe Vorsitzender	**Dr. Georg Nüßlein** Berichterstatter	**Dr. Ditmar Staffelt** Berichterstatter	**Hellmut Königshaus** Berichterstatter
	Heike Hänsel Berichterstatterin	**Ute Koczy** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Dr. Ditmar Staffelt, Hellmut Königshaus, Heike Hänsel, Ute Koczy

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3620** in seiner 70. Sitzung am 30. November 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 27. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten. Sie empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, es sei ihr ein wichtiges Anliegen, von der Militarisierung der Außenpolitik wegzukommen. Deshalb seien die notwendigen Mittel und Instrumente bereitzustellen, um eine Friedenspolitik zu entwickeln und in der Praxis umsetzen zu können. Mit dem vorliegenden Antrag solle die Bundesregierung aufgefordert werden, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um eine Initiative für einen zivilen Friedensdienst im Rahmen der Europäischen Union auf den Weg zu bringen.

Im Rahmen der Europäischen Verfassung seien Vorschläge zur Militarisierung, zu Aufrüstungsfragen und zur Einrichtung einer Rüstungsagentur vorgelegt worden, zivile Alternativen enthalte sie jedoch nicht. Es gebe zahlreiche Gruppen in verschiedenen Ländern, die sich vernetzten und versuchten, zivilen Friedensdienst zu leisten, dies sei aber nicht institutionalisiert. Darüber hinaus fehle eine umfassende finanzielle Ausstattung dieser Gruppen. Deshalb müsse ein solcher europäischer ziviler Friedensdienst aus den Mitteln des EEF finanziert werden. Hierfür seien Umschichtungen innerhalb des EEF sowie seine Aufstockung erforderlich.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, die positiven Erfahrungen, die mit dem deutschen zivilen Friedensdienst gemacht worden seien, müssten auch auf europäischer Ebene genutzt, verstärkt und ausgebaut werden. Der vorliegende Antrag berücksichtige leider nicht die Diskussion in Brüssel und Straßburg, wo auf Initiative der „Grünen" seit Jahren um die Einrichtung eines europäischen zivilen Friedenscorps gerungen werde. Die Kommission habe hierzu Vorschläge vorgelegt, die nun einer ersten Bewährungsprobe unterzogen werden müssten. Die Kommission sei deshalb gefordert, dieses Konzept in einem Pilotprojekt zu testen. Außerdem sei bei der EU mit der Einrichtung des Stabilitätsinstrumentes auch ein Finanzierungsinstrument geschaffen worden, das für krisenpräventive zivilgesellschaftliche Maßnahmen offen stehe.

Der Vorschlag, dies aus dem EEF zu finanzieren, greife zu kurz, da die Mittel des EEF nur für die AKP-Länder verwendet werden dürften. Ein ziviler Friedensdienst in Afghanistan oder im Nahen Osten könnte somit aus dem EEF nicht finanziert werden. Zu bedauern sei, dass der Antrag aus ideologischen Gründen einen Gegensatz zwischen dem zivilen Friedensdienst und den Bemühungen um mehr Kohärenz im militärischen Bereich konstruiere. Manchmal sei beides notwendig. Wer wie die Fraktion DIE LINKE. sich weigere, afrikanische Friedenssicherungsmaßnahmen zu unterstützen, habe ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, nach einer militärischen Befriedung und auch vor dem Entstehen von Krisen sei die Mediation zwischen verfeindeten Staaten oder Bevölkerungsgruppen ein guter Weg. Dies könne in Krisengebieten aber nur begleitend zu militärischen Maßnahmen geleistet werden. Dass die Diskussion in den Zivilgesellschaften weiter sei als der vorliegende Antrag, zeige sich dadurch, dass etwa das Forum ziviler Friedensdienst diese Initiative der Fraktion DIE LINKE. nicht mittrage. Grund hierfür sei vor allem, dass eine Politisierung der zivilen Friedensdienste ihrer Aufgabe abträglich sei. Die Unabhängigkeit der Mediation sei eine Grundvoraussetzung dafür, dass sie zum Erfolg führen könne. Die Zivilgesellschaft strebe deshalb einen losen Netzwerkverbund erfahrener Nichtregierungsorganisationen an.

Die **Fraktion der SPD** machte darauf aufmerksam, der vorliegende Antrag sei insbesondere deshalb problematisch, weil er eine Konkurrenzsituation zwischen zivilen und militärischen Mitteln konstruiere. Dort, wo beides notwendig sei, müsse auch beides zum Einsatz kommen. Eine Umschichtung im EEF zu Lasten militärischer Projekte sei ebenfalls nicht möglich. Es komme darauf an, in diesem Bereich weiterzuarbeiten und zu prüfen, wo Schwerpunkte gesetzt werden könnten. Wenn die Fraktion DIE LINKE.

ihren Antrag ernst nähme, dann hätte sie dem Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD „UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit – konsequent umsetzen“ – Drucksache 16/3501 – zustimmen müssen, da die Umsetzung dieser Resolution einen Baustein der Friedensarbeit darstelle.

Die **Fraktion der FDP** teilte mit, sie teile die Ausführungen der Koalitionsfraktionen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Dr. Georg Nüßlein
Berichterstatter

Dr. Ditmar Staffelt
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333